



PEER STEINBRÜCK AUF DEM PARTEITAG IN AUGSBURG

“ICH BIN BEREIT, FÜR DEN SIEG ZU KÄMPFEN“

In scharfer Abgrenzung zur Merkel-Regierung zeichnete der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück auf dem Parteitag der SPD in Augsburg die Linie, die eine von ihm geführte Bundesregierung für Deutschland ziehen wird. Unter den Delegierten befand sich auch die SPD-Bundestagskandidatin des Wahlkreises Zollernalb-Sigmaringen, Stella Kirgiane-Efremidis. Sie zeigte sich begeistert vom Auftritt des SPD-Kanzlerkandidaten und stellt selbstbewusst fest: „Selten war die SPD personell und programmatisch so gut aufgestellt wie für die anstehenden Bundestagswahlen im Herbst“.

Fortsetzung Seite 2

Liebe Genossinnen und Genossen aus dem SPD-Kreisverband Zollernalb,



am 30 März 2013, also vor etwas mehr als einem Jahr, hat der neu gewählte SPD-Kreisvorstand seine Arbeit aufgenommen. Das Ergebnis unserer Arbeit lässt sich seitdem sehen – unsere Halbjahresbilanz ist überzeugend. Nicht zuletzt dieser Newsletter ist ein Ergebnis dieser erfolgreichen Arbeit. Auch unsere neu gestaltete Homepage ist ein weiteres Beispiel, dass man in diesem Zusammenhang nennen kann. Eine gute und nachhaltige Pressearbeit lässt uns zudem in der öffentlichen Meinung präsent sein und belegt unser vielfältiges Wirken.

Als SPD-Kreisvorsitzender war ich das ganze Jahr hindurch unermüdet für die Partei vor Ort unterwegs und hierbei sehr häufig auch in den Ortsvereinen und bei den Genossinnen und Genossen vor Ort. Gemeinsame Veranstaltungen wurden gestaltet, Besuche prominenter Gäste miteinander organisiert und eine Reihe interessanter Aktionen in enger Zusammenarbeit durchgeführt. Zu Recht und voller Stolz können wir von uns sagen: wir sind die treibende politische Kraft im Zollernalbkreis; gemeinsam mit den vielen Amts- und Mandatsträgern aus der Kommunalpolitik leisten wir in der SPD eine wichtige Aufgabe für das Gemeinwohl – darauf können wir stolz sein.

Der Blick nach vorne macht deutlich: die Arbeit geht uns nicht aus. Nach den Bundestagswahlen im Herbst 2013 stehen im Frühjahr 2014 die Kommunalwahlen auf unserer Agenda. In beiden Fällen wollen wir erfolgreich wirken. Gemeinsam werden wir diese Aufgaben meistern – dazu lade ich alle herzlich ein.

Es grüßt Euch herzlich,

Alexander Maute,
Vorsitzender Kreisverband Zollernalbkreis

MEHR INFOS

TOPTHEMEN

ALBSTADT >> S. 5
Feierstunde zum 50-jährigen Jubiläum des Élysée Vertrags

KV ZOLLERNALB >> S. 6
Arbeiten rund um die SPD-Jubiläumsausstellung abgeschlossen

BALINGEN >> S. 9
Stella Kirgiane-Efremidis beim Praxistag im Zollernalb-Klinikum in Balingen

MESSSTETTEN >> S. 12
SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold MdB besucht den Zollernalbkreis



ZUR PERSON

JÜRGEN GRANER

Bereits vor einigen Monaten trat Jürgen Graner als neuer SPD-Regionalgeschäftsführer für den Zollernalbkreis seinen Dienst an – als Nachfolger von Jochen Kiefer.

Seit dem ist er ein verlässlicher und kompetenter Ansprechpartner unseres Kreisverbands als Schnittstelle zur Landsgeschäftsstelle nach Stuttgart. Graner kennt neben seinen hauptamtlichen Aufgaben auch die ehrenamtliche Tätigkeit in unserer Partei: er ist zugleich SPD-Kreisvorsitzender in Neckar-Odenwald und war lange Jahre SPD-Ortsvereinsvorsitzender in Mosbach. Zu erreichen ist er unter Tel.: 0711/61936 32 oder per EMail: juergen.graner@spd.de



Fortsetzung

Geschlossen und kämpferisch präsentierte sich die SPD auf ihrem Bundesparteitag in Augsburg: Geschlossen hinter Kandidat und Regierungsprogramm, das die Delegierten am Sonntag einstimmig beschlossen. Kämpferisch mit dem klaren Ziel, die ausgelaugte Merkel-Regierung abzulösen. „Nicht aus Selbstzweck“, wie der SPD-Kanzlerkandidat betonte. Sondern weil Schwarz-Gelb nur noch „leere Schachteln im Regal“ habe – weder die Kraft noch die Ideen, Deutschland eine Richtung für die Zukunft zu geben. „Diese Worte zündeten“, so Kirgiane-Efremidis. Von den 600 Delegierten des Parteitags ginge eine „bemerkenswerte Gelassenheit und ein unbedingter Siegeswille aus“, gibt die SPD-Bundestagskandidatin die Stimmung in Augsburg wieder.

Worum es am 22. September geht, beschrieb der SPD-Kanzlerkandidat: „Vieles besser und noch mehr anders machen“, so fasste es Steinbrück in seiner Rede zusammen. „Besser soll es mit der SPD zum Beispiel für Beschäftigte werden, die im Niedriglohnsektor arbeiten müssen. Oder für Frauen, die weniger Geld bekommen als ihre Kollegen. Oder etwa für Leiharbeiter, die weniger als ihre fest angestellten Kolleginnen und Kollegen bekommen“, fasst die SPD-Bundestagskandidatin einige der wichtigsten Eckpunkte des SPD-Regierungsprogramms zusammen, das auch ihre Zustimmung fand: „Ich bin bereit, für den Sieg zu kämpfen“. Besser und anders bedeute für sie ferner auch, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und gleiches Geld für gleiche Arbeit.

Ebenfalls ein wichtiges Anliegen aus ihrer Sicht: Eine Mietpreisbremse, „damit Wohnen für alle bezahlbar bleibt“. Und in Hinblick auf die Finanz- und Bankenkrise ist ihr der Schutz der Steuerzahler wichtig, „damit sie nicht mehr für die Verluste von Spekulanten haften müssen“, so Kirgiane-Efremidis. Aber auch mehr Betreuungsplätze für Kinder sind ihr ein wichtiges Anliegen, weswegen sie sich entschieden gegen das Betreuungsgeld der CDU ausspricht. „Von diesen Eckpunkten des SPD-Regierungsprogramms würden auch im Zollernalbkreis sehr viele Menschen profitieren“ ist die SPD-Frau überzeugt. „Das ist ein Programm für ein neues soziales Gleichgewicht – und für wirtschaftlichen Erfolg“, so Kirgiane-Efremidis. Denn beides gehört zusammen. Ohne das eine sei das andere nicht zu haben, machte auch Steinbrück die Wechselbeziehung klar. Davon ist Stella Kirgiane-Efremidis zutiefst überzeugt. „Ich möchte, dass sich die vielen klein- und mittelständischen Unternehmen im Zollernalbkreis in diesem Papier wieder finden und darin vertreten fühlen“. Dies sei mit dem vorliegenden Regierungsprogramm der SPD gewährleistet.

Gestärkt kommt sie nun aus Augsburg in den Zollernalbkreis zurück, um über diese Themen mit den Menschen vor Ort zu sprechen. „Und dann werden wir sehen, ob sich am 22. September die gegenwärtigen Umfragewerte der SPD tatsächlich bewahrheiten – ich habe erhebliche Zweifel“

TERMINE

OV BISINGEN:

7. Juni: Hauptversammlung mit Wahlen, 20 Uhr, Grüner Baum Bisingen-Zimmern

20. Juni: Veranstaltung mit General a.D. Wolfgang Schneiderhan, 19 Uhr, kleiner Saal- Hohenzollernhalle-Bisingen

OV GEISLINGEN:

11. Juni: Veranstaltung zum „EnBW Untersuchungsausschuss“ mit Sascha Binder MdL, 18.30 Uhr, Sitzungssaal des Gemeinderats, Brühlstraße 6

SV ALBSTADT:

27. Mai: „150 Jahre SPD“ – der Kinofilm zum Parteijubiläum, 20 Uhr, Kino Capitol in Albstadt. Kostenloser Eintritt.

7. Sept: „Tag der SPD“ im Kräuterkasten Ebingen

KV ZOLLERNALB:

17. - 31. Mai: Ausstellung: „150 Jahre deutsche Sozialdemokratie – Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“, Zehntscheuer Balingen

5. Juni: Jahreshauptversammlung SPD-Kreisverband Zollernalb, 19.00 Uhr, Brauhaus Zollernalb, Albstadt-Ebingen

30. August: Katrin Altpeter, Sozialministerin, zu Besuch im Zollernalnkreis

5. September: Rainer Stichelberger, Justizminister, zu Besuch im Zollernalbkreis

17. - 31. MAI 2013



AUSSTELLUNG

150 Jahre deutsche Sozialdemokratie: Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität

ZEHNTSCHEUER
NEUE STRASSE 59, BALINGEN

ÖFFNUNGSZEITEN:
DIENSTAG - SONNTAG
UND FEIERTAGE
14 - 17 UHR

EINTRITT: FREI





OV-BISINGEN

„DIE BAYERN HABEN DEN PAPST GESTELLT. WIR HABEN DEN BUNDESTRAINER“

INNENMINISTER REINHOLD GALL ZU BESUCH IN BISINGEN

„Baden-Württemberg: Schön, stark, sicher“ so der Titel der Veranstaltung, zu dem der SPD-Ortsverein Bisingen und der SPD-Kreisverband Zollernalb am 07. März in die Hohenzollernhalle nach Bisingen geladen hatten. Mit SPD-Innenminister Reinhold Gall MdB war ein prominenter Gast der Landespolitik aus Stuttgart erschienen, um in seinen Ausführungen zur aktuellen Landespolitik in der Tat eines zu unterstreichen: Baden-Württemberg ist schön, stark und sicher - und dies zugegebener Weise nicht erst seit dem Regierungswechsel 2011.

Der Tourismus floriere, die Wirtschaft sei stark und sicher wäre das Land zudem. Zahlen können all diese Behauptungen belegen, so der Innenminister, doch das bräuchten die Baden-Württemberg nicht. „Das wissen wir alle von selbst“. Und wer von den Parteifreunden und Gästen immer noch nicht zufrieden war, dem hielt er vor Augen: „Die Bayern haben den Papst gestellt. Wir haben den Bundestrainer“. Damit war Wesentliches gesagt.

Und doch nahm sich Gall viel Zeit um genau aufzuzeigen, wie und warum die Dinge für Baden-Württemberg so gut stünden und gut liefen, wie es der Fall ist. So bezog er etwa zum Thema Sicherheit die erst vor wenigen Tagen veröffentlichte Kriminalstatistik des Landes. Danach sei die Kriminalität in fast allen Bereichen stark zurückgegangen. Einen Anstieg sei lediglich bei den Wohnungseinbrüchen festzustellen, wobei hier auch versuchte Einbrüche gezählt wurden, die aufgrund guter Sicherheitsvorkehrungen an den Häusern und in den Wohnungen nicht vollzogen werden konnten. In den Kommunen würden starke Gemeinschaften vor Ort dafür sorgen, den Bürgern ein Gefühl der Sicherheit zu vermitteln. Es war erkennbar, wie eng und stark sich der SPD-Politiker der kommunalen Politik verbunden fühlte, war er doch selber über zwei Jahrzehnte als Ortschaftsrat, Gemeinderat und Kreisrat tätig.

Auch Vereinen und Verbänden, die vor Ort für die Menschen gutes bewirken würden, hätten einen wichtigen Anteil an dieser Erfolgsgeschichte. Doch auch künftig gelte es, wolle man diesen Zustand erhalten, Menschen zu finden, die sich im Ehrenamt dafür engagieren. „Auch das ist mit ein Grund, dass unser Land nicht nur sicher, sondern auch schön und stark ist“. Polizei und Feuerwehr etwa leisteten einen unschätzbaren Dienst für die Gemeinschaft. Auch hier merkte man, dass Reinhold Gall wusste, wovon er sprach: Noch immer ist der Innenminister in der Feuerwehr, als Verbandsvorsitzender in Heilbronn, ehrenamtlich engagiert.

Und so gingen an diesem Abend die Besucher mit einem guten Gefühl nach Haus und der Gewähr, in einem schönen, starken, und sicheren Land zu leben.

JUSOS BALINGEN



JUSOS AUS BALINGEN INFORMIEREN SICH ZUM THEMA STADTENTWICKLUNG

Bei ihrer Sitzung vor wenigen Wochen freute sich Sanel Dacic, Vorsitzender der Balingener Jusos, den Architekten und SPD-Gemeinderat Rainer Heinz zum Thema „Stadtentwicklung“ begrüßen zu dürfen.

Im Balingener Jugendhaus referierte Rainer Heinz zu verschiedenen Balingener „Baustellen“ rund um das Thema „Stadtentwicklung“. Angefangen mit alten Stadtplänen vor und nach dem Stadtbrand, der Einteilung der Stadt in Achsen und Blöcken und eingehend auf die aktuelle Situation gab es einen historischen Rückblick der bis hin in die Gegenwart reichte.



Hand Informationen zum hinteren Kirchhofplatz oder den Eyach-Arkaden zu bekommen – alles samt Themen, die in der Balingener Bevölkerung gegenwärtig diskutiert werden. Somit war es ein leerreicher und Unterhaltssamer Abend, der den Jusos einen neuen Blickwinkel auf ihre Stadt und auf die künftige Entwicklung Balingens verschafft hat.



BUNDESPARTEITAG

PEER STEINBRÜCKS PARTEITAGSREDE

„ICH WILL KANZLER WERDEN“

Nur wenn es in Deutschland wieder gerechter zugeht, wird das Land auch wirtschaftlich stark bleiben. Mit dieser klaren Botschaft stimmte Peer Steinbrück die SPD in einer kämpferischen Rede auf den Wahlkampf ein. „Ich will mit euch gemeinsam unser Land wieder ins Lot bringen“, rief der Kanzlerkandidat den Delegierten am Sonntag in Augsburg zu. Steinbrück kritisierte, die „Chaostruppe“ von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) regiere Deutschland unter Wert. Merkels Regierung habe nur „leere Schachteln im Schaufenster“. Weder bei der Rente, noch beim Mindestlohn, bei der Energiewende, bei der Breitband-Versorgung, bei der Mietpreisbegrenzung oder bei der Gleichstellung von Homosexuellen im Steuer- und Adoptionsrecht habe sie Lösungen parat.

ABWAHL LAUTET DIE PAROLE

Steinbrück griff Merkels Regierung scharf an: „Sie nimmt sich nichts vor. Sie setzt sich keine Ziele. Sie lässt alles laufen. Sie hat keine Ambitionen.“ In vielen Fällen gebe Merkels Finger nicht die Richtung an, „sondern misst lediglich die Windrichtung“, stellte Steinbrück fest. Sein Fazit: „Nichts geht mehr. Abwahl lautet die Parole!“ Auch wenn sich Merkel präsidential von ihrem Kabinett abzuheben suche, so sei sie doch verantwortlich für diese Regierung.

ÖKONOMIE DER GERECHTIGKEIT

Klar und deutlich zeigte der Kanzlerkandidat auf, wie er in Deutschland aus Stillstand Fortschritt machen will. Die SPD setze in ihrem auf eine „Ökonomie der Gerechtigkeit.“ Soziale Gerechtigkeit und eine florierende Wirtschaft seien keine Gegensätze, sondern bedingten einander: Ohne eine gerechte Gesellschaft könne es dauerhaft keinen wirtschaftlichen Erfolg geben. Und umgekehrt gelte gleichermaßen, dass es ohne ein erfolgreiches Wirtschaften auch keine stabile und gerechte gesellschaftliche Ordnung geben wird. Die SPD stehe für „mehr Zusammenhalt, mehr Zusammenstehen“ und „weniger Ellenbogenmentalität, weniger Ego“, so Steinbrück. Kurz gefasst: Es gehe um „mehr Wir – weniger Ich.“

DIE SPD MACHT DEN UNTERSCHIED

Konkret beschrieb er, dass es für Millionen Bürgerinnen und Bürger einen großen Unterschied bedeute, wenn die SPD regiert. „Es ist ein folgenschwerer Irrtum, denjenigen zu glauben, die sagen, die Parteien seien sowieso alle gleich – das sei alles eine Sauce.“

GUTE ARBEIT – GUTER LOHN

Steinbrück bekräftigte, einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde einzuführen. Dies sei „sozial gerecht, weil es nicht sein kann, dass man trotz Vollzeitarbeit nicht vom selbstverdienten Geld leben kann.“ Zudem sei der Mindestlohn „ökonomisch richtig, weil er die Binnennachfrage stärkt.“ Die SPD werde außerdem dafür sorgen, dass Frauen und Männer sowie Leiharbeitende und Stammebelegschaft gleiches Geld für gleiche Arbeit bekommen.

Fortsetzung S. 5

JUSOS ALBSTADT



JUSOS ALBSTADT MIT NEUEM VORSTAND

Auf der Hauptversammlung der Juso-AG Albstadt Ende März, wurde nach dem Rechenschaftsbericht des bisherigen Vorsitzenden Jannik Btzer eine äußerst positive Bilanz der Arbeit im zurückliegenden Jahr gezogen.

Die Arbeitsgemeinschaft habe zum einen im letzten Jahr viele neue Mitglieder gewinnen können, diese Neuerung zeige sich auch bei dem Wahlvorschlag zum neuen Vorstand. Als Vorsitzender kandidierte der frühere Juso-Vorsitzende Hendrik Dahlhoff. Er wurde zum neuen Vorsitzenden bestimmt. Auch die weiteren Vorstandspositionen wurden alle mit großer Mehrheit gewählt: Stellvertretender Vorsitzender: Johannes Schwientek; Referent für Öffentlichkeitsarbeit: Jannik Bitzer; Beisitzer: Céline Flumm, Manuel Gänsdorfer und Marc Leberherz.

Der neue Vorsitzende Hendrik Dahlhoff bedankte sich für die Einigkeit unter den Mitgliedern und das große Vertrauen. In einem kurzen Ausblick legte er die Eckpunkte der Arbeit im nächsten Jahr dar. Geplant sind regelmäßige Marktstände, auch über die Wahlen hinaus, eine Podiumsdiskussion in Albstadt zur Bundestagswahl in Zusammenarbeit mit der Jungen Union und eine Vorbereitung auf die Kommunalwahl. Ziel sei es schon jetzt, mindestens einen jungen Kandidat aus den eigenen Reihen in den Gemeinderat zu bekommen.

„Es ist Zeit für eine Erneuerung im Gemeinderat. Die Jugend soll endlich die Möglichkeit bekommen, sich an den Themen in der Stadt direkt zu beteiligen“, betonte Dahlhoff.



Fortsetzung S. 4

BÄNDIGUNG DER FINANZMÄRKTE

Durch die jüngste Finanzkrise sei vieles „aus dem Lot geraten“, so Steinbrück. Deutschland erlebe derzeit einen „Gezeitenwechsel.“ Die SPD müsse „die politische Kraft sein, die dem entfesselten Kapitalismus Spielregeln auflagt.“ Alle Akteure am Wirtschaftsleben müssten auf das Gemeinwohl verpflichtet werden.

Die produzierende Wirtschaft müsse wieder in den Mittelpunkt der Wirtschafts- und Finanzpolitik rücken, betonte Steinbrück. Auch brauche es eine Banken-Kultur, in der sich diese als Finanzdienstleister verstehen. Deshalb werde sich eine rot-grüne Bundesregierung für die Einführung eines Trennbankensystems stark machen, für ein Verbot bestimmter Bankgeschäfte und für einen Bankenrettungsfonds, den die Finanzbranche selbst finanziert.

„STEUEROASEN SIND GERECHTIGKEITSWÜSTEN“

Steinbrück will ein Bündnis der Starken mit den Schwachen schmieden. „Dieses Bündnis ist der Garant für den inneren Frieden der Gesellschaft.“ Deshalb werde die SPD „einige Steuern für einige Starke“ erhöhen. Nicht aus Selbstzweck, sondern um die Schuldenbremse einzuhalten. Um mehr Geld in die Kinderbetreuung und Bildung zu investieren. Um die Infrastruktur auszubauen und bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen. Und um die klammen Kommunen zu stärken.

Der Kanzlerkandidat stellte klar, dass „entgegen mancher Propaganda“ der gut verdienende Facharbeiter von dieser Steuerpolitik nicht betroffen sei. Auch „Oma ihr klein Häuschen“ sei nicht betroffen. Und auch die vielen mittelständischen und Familien-Unternehmen würden nicht in ihrer Substanz besteuert. Steinbrück: „Das garantiere ich.“

Scharf kritisierte er, dass Merkels Regierung nur auf Druck und „bestenfalls halbherzig“ gegen Steuerbetrug vorgehe. „Steueroasen sind Gerechtigkeitswüsten, da muss man gegen angehen.“ Steinbrück kündigte an, eine von ihm geführte Regierung werde hart gegen Steuerbetrug und Steueroasen vorgehen.

AUFSTIEG DURCH BILDUNG

Steinbrück hob hervor, dass es der SPD um faire Chancen zum Aufstieg gehe. Und das bedeute vor allem: „Gute Bildung für alle.“ Deshalb werde eine von ihm geführte Bundesregierung den milliarden schweren Rückstand bei den Investitionen in Schulen und Universitäten zügig aufholen. Dieser Rückstand sei „eine Sünde an der Zukunftsfähigkeit unseres Landes.“

BEZAHLBARES WOHNEN

Steinbrück kündigte mehrere Maßnahmen an, damit Wohnen bezahlbar bleibt. Unter anderem eine Mietpreisbremse bei Wiedervermietung. Auch solle das Prinzip gelten: Wer den Makler bestellt, soll ihn auch zahlen.



OV-ALBSTADT

Stella Kirgiane-Efremidis traf die Bürgermeisterin der Albstädter Partnerstadt Chambéry, Bernadette Laclais.

FEIERSTUNDE IN ALBSTADT ZUM 50-JÄHRIGEN JUBILÄUM DES ÉLYSÉE VERTRAGS

50 Jahre Élysée Vertrag war der Anlass zur Feier der Französisch-Deutschen Beziehungen im Rahmen einer Veranstaltung des Arbeitskreis Chambéry in Albstadt-Ebingen. Dieser hatte sich erfolgreich bemüht, die renommierte Ausstellung von Prof. Dr. Ursula Koch aus München über „Marianne und Germania in der Karikatur“ nach Albstadt zu bekommen.

Die Ausstellung, welche auch die SPD-Bundestagskandidatin Stella Kirgiane-Efremidis besuchte, zeigt sämtliche deutsche und französische Karikaturen aus Magazinen, Zeitschriften und anderen Publikationen ab dem 16. Jahrhundert, in denen die beiden berühmten allegorischen Nationalfiguren im Mittelpunkt stehen. Die Marianne mit der roten Jakobinermütze und die teutonische Germania als Vertreterin ihres Landes. Die Eröffnung wurde eigens von Prof. Dr. Koch vor Ort begleitet. Zuletzt war die Veranstaltung in Paris, Algier und Budapest zu sehen. Auch die Bürgermeisterin der Albstädter Partnerstadt Chambéry, Bernadette Laclais, war anwesend. Die Politikerin aus Frankreich, die der Parti Socialiste angehört, freute sich sehr über das Zusammentreffen mit der SPD-Politikerin.

NEUE INTERNETSEITE

SPD-BUNDESTAGSKANDIDATIN NUN AUCH ONLINE UNTERWEGS

Unter www.kirgiane-efremidis.de kann man seit Kurzem den Internet-Auftritt der SPD-Bundestagskandidatin im Wahlkreis Zollernalb-Sigmaringen erreichen. Möglich gemacht hat dies unser Genosse Jochen Herth vom SPD-OV Balingen, der auch für den SPD-Kreisverband Zollernalb die Internet-Präsenz organisiert. Auf der Homepage von Stella Kirgiane-Efremidis können nun aktuelle Beiträge aus dem Wahlkreis gelesen werden – etwa über Veranstaltungen und Aktionen rund um den Wahlkampf. Ebenso erhält man wichtige Informationen zu politischen Positionen der Kandidatin. Auch ein Terminkalender gibt einen Einblick in Ihre Arbeit vor Ort.



WWW.KIRGIANE-EFREMIDIS.DE



KOMMUNALWAHL

WAHLALTER AUF 16 JAHRE GESENKT

„EIN WICHTIGER SCHRITT FÜR DIE TEILHABE VON JUNGEN MENSCHEN“

Der Stuttgarter Landtag hat am Donnerstag die Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen in Baden-Württemberg auf 16 Jahre beschlossen. „Die SPD nimmt Jugendliche und ihre Anliegen und Interessen ernst“, erklärte dazu der Balinger SPD-Kreisvorsitzende Alexander Maute. „Deshalb hat die Landesregierung jetzt die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass sich Jugendliche auch stärker beteiligen können.“

Die weitere Politisierung junger Menschen sei „Chance und Notwendigkeit zugleich“, sagte Maute. Deshalb würden junge Menschen auf Initiative von SPD-Innenminister Reinhold Gall nun frühzeitiger in demokratische Diskussions- und Entscheidungsprozess eingebunden. „Die kommunale Ebene ist dafür der beste Platz, weil die Jugendlichen gerade dort unmittelbar die Auswirkungen ihres Engagements erfahren können“, so Maute.

Durch eine Änderung des Kommunalwahlrechts erhalten junge Menschen mit Vollendung des 16. Lebensjahres nunmehr das Bürgerrecht in der Gemeinde. Dieses beinhaltet insbesondere das aktive Wahlrecht bei Gemeinderats-, Kreistags- und Bürgermeisterwahlen. Darüber hinaus können 16jährige jetzt auch an Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Bürgerversammlungen mitwirken. „Ein wichtiger Schritt für die Teilhabe von jungen Menschen in Baden-Württemberg und im Zollernalbkreis“, so der SPD-Kreisvorsitzende abschließend.



AUSSTELLUNG 150 JAHRE SPD

ARBEITEN RUND UM DIE SPD-JUBILÄUMS-AUSSTELLUNG ABGESCHLOSSEN

Die Vorbereitungen zur Ausstellung „150 Jahre deutsche Sozialdemokratie: Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“, die der SPD-Kreisverband Zollernalb anlässlich des 150jährigen Jubiläums der SPD organisiert, laufen auf Hochtouren. Zusätzlich zu der Wanderausstellung, welche die Geschichte der Bundes-SPD darstellt, wird der SPD-Kreisverband Zollernalb den Besuchern einen regionalen Ausstellungsschwerpunkt anbieten, der die Geschichte der SPD vor Ort darstellt. Hierzu werden nicht nur die SPD-Mitglieder eingeladen - auch die Öffentlichkeit ist herzlich Willkommen, sich ein Bild von dem Wirken der Partei in den zurückliegenden Jahren zu machen.

Unter der Leitung von Helga Zimmermann-Fütterer, die diese Planung koordiniert, sind viele Genossinnen und Genossen aus den SPD-Ortsvereinen im Kreis dabei, und bringen sich ein. Plakate und Einladungsflyer sind ebenfalls gedruckt und werden nach und nach in den Städten und Gemeinden im Zollernalbkreis aufgehängt und verteilt. Und auch die Ausstellungseröffnung am Freitag, den 17. Mai um 19.30 wird vorbereitet - mit musikalischer Umrahmung und einem Stehempfang.

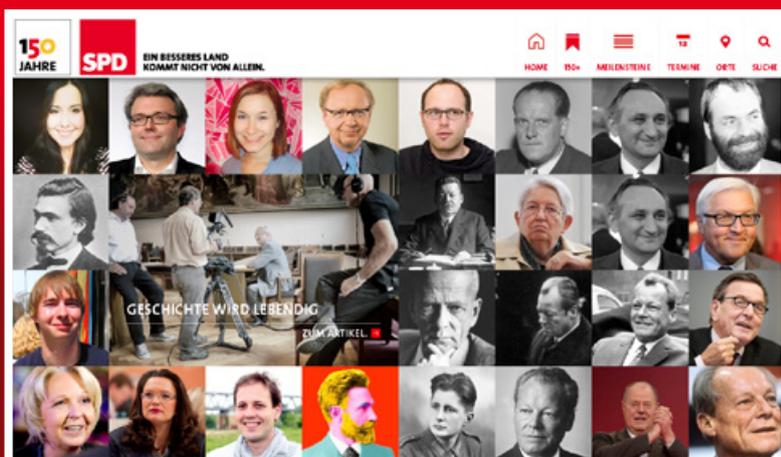
Schon heute wird darüber nachgedacht, die Ausstellung in der Balinger Zehntscheuer zu verlängern, scheinen doch zwei Wochen fast zu kurz, um diese außergewöhnliche Ausstellung einem breiten Publikum vorzustellen.

Wer historisches SPD-Material in seinem Keller oder auf seinem Dachboden hat, und dieses gerne der Ausstellung zur Verfügung stellen möchte, der möge sich bitte bei Helga Zimmermann-Fütterer unter 07433/382188 telefonisch melden.

Parallel zu der Ausstellung wird am 22. Mai in Hechingen (Burgtheater) und am 27. Mai in Albstadt (Capitol) je eine kostenlose Kino-Vorführung angeboten. Gezeigt wird der eigens für das Parteijubiläum hergestellte Film: „Wenn DU was verändern willst... – Die SPD. Über uns und unsere Geschichte“.

Weitere Infos unter www.spd-zollernalb.de

DER KINOFILM 150 JAHRE SPD



EINTRITT FREI
22. MAI
HECHINGEN
BURGTHEATER
27. MAI
ALBSTADT
KINO CAPITOL



PRESESTIMMEN

SPD-REGIERUNGSPROGRAMM ZUR BUNDESTAGSWAHL 2013 ERHÄLT LOB UND ANERKENNUNG IN DEN PRESESTIMMEN

Einstimmig hat der Bundesparteitag der SPD in Augsburg am 14. April das Regierungsprogramm 2013 - 2017 beschlossen. „Wir haben die Kraft. Wir haben die Ideen, unser Land zu verändern“, so Kanzlerkandidat Peer Steinbrück. „Stimmiges Programm, kämpferischer Kandidat. Vielfach hat der politische Gegner weniger im Angebot“: Nach dem Bundesparteitag in Augsburg sehen die Zeitungskommentare für die SPD und ihren Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück - trotz aller Umfragen - neuen Schwung und einen gelungenen Startschuss in die heiße Phase des Wahlkampfes. **Auszüge:**

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG:

„Die Wahl am 22. September wird womöglich von zwei oder drei Prozent der Stimmen entschieden, das wird abhängen vom Abschneiden der Parteien, die nicht in den Bundestag kommen. Die neue „Alternative für Deutschland“ könnte Union und FDP die zum Erfolg nötigen Stimmen rauben. Den Popularitätswettbewerb mit Merkel wird Steinbrück nicht gewinnen. Aber er könnte trotzdem ihr Nachfolger werden“.

DER TAGESSPIEGEL:

„Wer hat´s erfunden? Die SPD. Was sie erfunden hat, nach 150 Jahren darf man das als bestätigt ansehen, ist eine deutsche Politik auf der Grundlage der sozialen Gerechtigkeit. Da macht ihr keiner was vor. Richtiger ist, wie Gabriel und Steinbrück auch sagten, da machen ihr alle immer was nach.“

DIE WELT:

„In den kommenden Wochen wird die SPD auf ihre Disziplin stärker angewiesen sein als in den vergangenen bequemen dreieinhalb Jahren in der Opposition. In dieser Zeit hat sie bei zwölf Ladtagswahlen zwölfmal eine Regierungsbeteiligung erreicht. Nur noch in drei Ländern regiert Schwarz-Gelb. Doch auch diese Erfolge in Ländern und Kommunen vermag die SPD nicht auf ihr Ansehen im Bund zu übertragen. Und doch ist die Bundestagswahl noch nicht gelaufen. Gegen allzu selbstsichere Wetten auf den Wahlausgang spricht die Erfahrung, vor allem aber der Respekt vor dem Souverän“.

DIE TAGESZEITUNG:

„In Augsburg konnte man sehen, was die SPD vermag. Sigmar Gabriel gab, mit Donner- rhetorik, den Kapitalismuskritiker. Steinbrück intonierte das gleiche Lied leiser, differenzierter, sogar, was selten ist, ist dem selbstkritischen Hinweis, dass auch die SPD auf dem neoliberalen Irrweg war. Die Steuererhöhungen dienen bei Steinbrück dem Ziel, mehr Gemeinsinn und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schaffen. Was die SPD will, das zeigen alle Umfragen, ist vom Mindestlohn bis zur Steuerpolitik, populär und mehrheitsfähig. In Augsburg sah man einen Kanzlerkandidaten, der dieses (in Wahrheit moderate) Umverteilungsprogramm so zu erklären vermag, dass kaum jemand Angst bekommen kann. Es kann sein, dass die Grabreden auf die Wahlchancen der SPD im Herbst etwas voreilig gehalten wurden“.

LEIPZIGER VOLKSZEITUNG:

„Es ist ein sozialdemokratisch stimmiges Programm, mit dem die SPD in den Wahlkampf zieht. Was die Partei unter sozial, gerecht und fair versteht, ist Beschlusslage: höhere Steuerbelastung für Reiche, Mietenbremse, gesetzlicher Mindestlohn, auskömmliche Rente. Geschlossen und kämpferisch wie nie werde dafür geworben, so lautet das Treuebekenntnis von Augsburg. Vielfach hat der politische Gegner weniger im Angebot, manchmal fehlt sogar überhaupt ein Konzept, wie bei Angela Merkels Leerprogramm in Sachen Rente“.

BTW-MOBILISIERUNG



SPD ZOLLERNALB LÄSST SICH MOBILISIEREN

Zahlreich waren die Mitglieder des SPD-Kreisverbands Zollernalb auf der Wahlkampf- und Mobilisierungskonferenz am 27. April im Kultur- und Kongresszentrum Filharmonie in Filderstadt vertreten.

Aus den Ortsvereinen in Balingen, Bisingen, Meßstetten und Hai-gerloch waren Genossinnen und Genossen angereist, um unter anderem auch die Rede des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück zu hören. Vormittags und auch am Nachmittag wurden für die Teilnehmer Workshops rund um das Thema Bundestagswahlkampf 2013 angeboten – auch daran nahmen die Genossinnen und Genossen aus dem Zollernalbkreis interessiert teil.



Natürlich waren auch die SPD-Bundestagskandidaten unseres Kreisverbands, Stella Kirgiane-Efremidis für den WK 295 und Martin Rosemann für den WK 290, vor Ort und freuten sich sehr über die rege Teilnahme ihrer Wahlkreise an dieser Veranstaltung. Im Anschluss an die Konferenz fand noch eine Sitzung der Wahlkampfleiter statt, an der Alexander Maute (für den WK 295) teilnahm und aus der er interessante Neuigkeiten mit in den Wahlkreis brachte.

Somit war es für alle ein gelungener und erfolgreicher Tag - zwar regnerisch und kalt aber dafür brachten die Genossinnen und Genossen wenn schon keine Sonne aus Filderstadt, so doch viel Motivation und eine gute Stimmung für den anstehenden Wahlkampf mit in die Ortsvereine.



BTW-CAMPAINER

CAMPAIGNER-TREFFEN IN BERLIN: SANEL DACIC IST MITTEN DRIN

Über zweihundert ehrenamtliche WahlkämpferInnen aus ganz Deutschland hatten sich am 20. April im Willy-Brandt-Haus getroffen. Eine Woche nach dem Bundesparteitag in Augsburg, auf dem die SPD ihr Regierungsprogramm für 2013-2017 beschlossen hat, wurde damit der Startschuss für das CampaignerInnen-Programm der SPD gegeben. Mitten unter Ihnen: Sanel Dacic vom SPD-Ortsverin Balingen, der als Campaigner für den Wahlkreis Zollernalb-Sigmaringen den Bundestagswahlkampf vor Ort unterstützt.

Kanzlerkandidat Peer Steinbrück und Generalsekretärin Andrea Nahles stimmten die aus dem ganzen Bundesgebiet angereisten WahlkämpferInnen auf die Wahlkampagne ein. Einen Wahlkampf auf Augenhöhe mit den Bürgerinnen und Bürgern will die SPD führen. „Wir müssen den Menschen erzählen wie wir unser Land gemeinsam voranbringen wollen. Dabei brauchen wir Haltung und Kondition“, sagte Peer Steinbrück. Die Motivation der CampaignerInnen, zusammen mit den Wahlkampfteams in den Wahlkreisen einen Wahlkampf hinzulegen, wie ihn das Land noch nicht gesehen hat, war im Willy-Brandt-Haus zum Greifen.

Generalsekretärin Nahles: „Wir haben die Ideen, um diese Wahl zu gewinnen. Wir haben ein Regierungsprogramm der Bürgerinnen und Bürger, um diese Wahl zu gewinnen. Aber wir haben vor allen Dingen auch die Power, um diese Wahl zu gewinnen!“ Das CampaignerInnen-Programm unterstützt die Grundphilosophie des Wahlkampfes auf Augenhöhe mit den Menschen. CampaignerInnen, die es in dieser Form zum ersten Mal gibt, sind Bindeglieder zwischen den Wahlkreisen und der KAMPA in Berlin. Gleichzeitig stehen sie aber auch untereinander in Kontakt und tauschen sich über Ihre Erfahrungen im Wahlkampf aus, geben sich gegenseitig Hilfestellungen und Tipps. Die CampaignerInnen sind Teil des engeren Wahlkampfteams im Wahlkreis und organisieren den Tür-zu-Tür-Wahlkampf vor Ort. Sie gewinnen Freiwillige für den Wahlkampf vor Ort und sorgen für die Fortführung des Wahlkampfes von der Straße ins Web 2.0.

Folgende Städte/Gemeinden werden im Zollernalkreis berücksichtigt

Stadt/ Gemeinde	Förderbetrag in Euro	Inhalt
Albstadt	280.000	Ottmatal, Finanzhilfeehöhung der laufenden Sanierungsmaßnahme
Balingen	300.000	Ortskern Zillhausen, Finanzhilfeehöhung der laufenden Sanierungsmaßnahme
Burladingen	720.000	Südliche Kernstadt, Neumaßnahme zur Revitalisierung von Brachflächen, Erneuerung von Bestandsgebäuden, Nutzung innerörtlicher Entwicklungsflächen
Geislingen	350.000	Stadtkern, Finanzhilfeehöhung der laufenden Sanierungsmaßnahme
Hechingen	90.000	Oberstadt, (Vorbereitung) Neumaßnahme zur Vorbereitung städtebaulicher Vorhaben in der Oberstadt
Rangendingen	300.000	Westlicher Ortskern, Finanzhilfeehöhung der laufenden Sanierungsmaßnahme
Rosenfeld	300.000	Stadtkern, Finanzhilfeehöhung der laufenden Sanierungsmaßnahme

LANDESPOLITIK



„ZOLLERNALKREIS PROFITIERT ERHEBLICH VOM STADTERNEUE- RUNGSPROGRAMM 2013“

Der Zollernalkreis erhält rd. 2,34 Millionen Euro Fördermitteln aus den Programmen der städtebaulichen Erneuerung. Vor wenigen Wochen gab das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg die Programmentscheidung für das Stadterneuerungsprogramm 2013 bekannt. Städte und Gemeinden erhalten danach im laufende Jahr insgesamt 182,4 Millionen Euro für Vorhaben der städtebaulichen Erneuerung, davon 143,6 Millionen Euro aus Landes- und 38,8 Millionen Euro aus Bundesfinanzhilfen.

Im Programmjahr 2013 werden insgesamt 330 Vorhaben gefördert, davon 69 neue Maßnahmen und 261 Aufstockungen für laufende Maßnahmen. „Sieben Städte und Gemeinden werden im Zollernalkreis berücksichtigt – das ist eine gute Nachricht für unsere Region“, so der SPD-Kreisvorsitzende Alexander Maute.

Mit diesem Stadterneuerungsprogramm stärkt die Landesregierung gezielte Städte und Gemeinden, städtebauliche Missstände und Entwicklungsdefizite zu beseitigen: „Davon profitiert der Zollernalkreis erheblich“, so Maute.

Die Städtebauförderung sichere im großen Umfang Arbeitsplätze, vor allem im örtlichen und regionalen mittelständischen Bau- und Ausbaugewerbe, betont Maute. Wirtschaftswissenschaftliche Studien belegen, dass jeder Euro der Städtebauförderung bis zu acht Euro an öffentlichen und privaten Folgeinvestitionen auslösen könne. „Demnach können Folgeinvestitionen in einer Gesamthöhe von bis zu 18,7 Millionen Euro im Zollernalkreis ausgelöst werden“ rechnet der SPD-Kreisvorsitzende vor.



PRAXISTAG IM KLINIKUM

STELLA KIRGIANE-EFREMIDIS BEIM PRAXISTAG IM ZOLLERNALB-KLINIKUM IN BALINGEN

„DIE MITARBEITER MÜSSEN DRINGEND ENTLASTET WERDEN“

Sehr gerne nahm Stella Kirgiane-Efremidis, SPD-Bundestagskandidatin des Wahlkreises Zollernalb-Sigmaringen, das Angebot von Uwe Jetter an, dem Betriebsratsvorsitzenden des Zollernalb Klinikums, einen Tag lang vor Ort den Mitarbeitern bei der Pflegearbeit unter die Arme zu greifen. So konnte sie sich persönlich einen Eindruck über die Situation der Beschäftigten im Kreiskrankenhaus in Balingen machen. Ihr Fazit nach über acht Stunden Dienst: „Die Mitarbeiter müssen dringend entlastet werden“.

Punkt 6 Uhr im Zollernalb-Klinikum in Balingen: Oberschwester Andrea Gemeinhardt, Stationsleitung der Station 5, wies den Gast zunächst auf die Hygienevorschriften des Hauses ein. Noch bevor die Patientinnen erwachten, wurde die Übergabe der Nachtschicht an die Tagschicht gemacht. Dabei musste über jeden Patient das Wichtigste berichtet werden. Vier Pflegebedienstete waren auf der Station an diesem Tag für 40 Patienten verantwortlich. „Viel Zeit für unwichtiges blieb da nicht- alles hatte einen klaren Ablauf“. Immerhin mussten die Patienten, die sich nicht selbst versorgen können, zunächst gewaschen, danach deren Betten gemacht und die Medikamente verteilt werden. Stella Kirgiane-Efremidis konnte schon beim Bettenmachen erkennen, dass die Belastung des Pflegepersonals extrem hoch ist.

„Eine Schwester alleine, muss hier die Patienten ohne weitere Unterstützung waschen, das Bett herrichten und sich auch nebenher mit ihnen über ihre Sorgen und Ängste unterhalten“. Die Zeit reiche dafür kaum aus. „Die Alarmglocken aus den anderen Zimmern klingelten ununterbrochen und dennoch schaffen es diese engagierten Mitarbeiterinnen Ruhe zu bewahren und allen Patienten eine hervorragende Pflege und Betreuung zu geben.“ Das verlange dem Gast große Hochachtung ab. „Die Arbeit auf einer Krankenhausstation erfordert von jedem eine sehr hohe Konzentration, denn hier darf nichts durcheinander kommen, und natürlich soll auch ein freundliches, mitfühlendes Gespräch nicht fehlen“, so Kirgiane-Efremidis. Zeit für eine Kaffeepause blieb für das Pflegepersonal nicht, denn zunächst erhielten die Patienten ihr Frühstück. Danach ging es im Krankenhausalltag auch schon mit der Visite weiter.

Zwischendrin müssen Patienten zu den Untersuchungsräumen gebracht oder Verbände gewechselt werden. „Natürlich habe ich mich eingebracht, wo es nötig und möglich war“, so die Bundestagskandidatin, die großen Respekt vor der professionellen Arbeitsleistung der Stationsmitarbeiter hat. Auch bei der Verteilung der Mittagessen half die Politikerin gerne mit und fand hierbei auch etwas Zeit, mit den Patienten ins Gespräch zu kommen. Pünktlich um 13 Uhr stand dann die nächste Übergabe an.

Beim Mittagessen mit Vertretern des Zollernalb Klinikums, Geschäftsführer Josef Weiss und Betriebsratsvorsitzenden Uwe Jetter, erfuhr die SPD-Politikerin, die erst seit kurzer Zeit einen Wohnsitz im Zollernalbkreis hat, wichtiges über das neue Klinikum in Balingen. Dass dieses so gut angenommen werde, freue natürlich alle Beteiligten, so ihre Gesprächspartner. Allerdings bedürfte es bei der Finanzierung noch Änderungen. Hier müsse der Bund unbedingt nachbessern. Die Idee der Fallzahlregelung schien zwar anfangs eine gute Idee zu sein, doch in der Praxis sehe es leider anders aus. Kliniken, die bis vor kurzem noch schwarze Zahlen geschrieben hätten, gerieten immer tiefer in die roten Zahlen. Die Landkreise müssten dies dann auffangen. Dass der Personalschlüssel so knapp bemessen werde, dass wirklich nur Zeit für das Nötigste bliebe, dies konnte Kirgiane-Efremidis aus ihren zuvor eigens gemachten Erfahrungen bestätigen. „Auch hier muss dringend nachgebessert werden; die Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal sind nicht tragbar“. Und dies gerade, weil durch die demografische Entwicklung und natürlich durch die enormen Fortschritte in der Medizin die Patienten erfreulicher Weise immer älter würden, aber dadurch auch pflegebedürftiger.

Natürlich sei auch der stetig wachsende Ärzte-Mangel für das Klinikum ein Problem. Auch hierzu ging der Appell an die SPD-Bundestagskandidatin, auf diesen Zustand hinzuweisen. Stella Kirgiane-Efremidis wird die Erfahrungen dieses arbeitsreichen Tages mitnehmen und sie an die zuständigen Ansprechpartner in der SPD-Bundestagsfraktion weiterreichen, „damit ab September, nach einer gewonnenen Bundestagswahl, auch über ein neues Abrechnungsverfahren für die Krankenhäuser beraten werden kann“.

„Die Klinikmitarbeiter arbeiten mit Herz und Seele – aus diesem Grund funktioniert die Betreuung noch so gut“, weiß Kirgiane-Efremidis. Doch man dürfe diese Menschen nicht alleine lassen. Sie hätten ein Recht darauf, ihren Beruf, der für sie oft auch Berufung sei, mit Freude ausüben zu dürfen. „Diese Freude haben sie im Moment nicht – das dürfen wir nicht ignorieren und müssen ihnen bessere Arbeitsbedingungen schaffen“ so die SPD-Politikerin, die viele Eindrücke von diesem Praxis-Tag im Zollernalb-Klinikum mitnahm.



NACHGEFRAGT

TEILE DES STRASSENNETZES IM ZOLLERNALBKREIS SIND IN SCHLECHTEM ZUSTAND – DRINGLICHKEITSLISTEN SINNVOLL



Die Vorstellung der aktuellen Zustandserfassung und -bewertung der Bundes- und Landesstraßen wurde vom Verkehrsminister Winfried Hermann (Bündnis 90/Die Grünen) vorgenommen; sie liegt seit Ende März auf dem Tisch. Wir fragen hierzu nach bei: Hans-Martin Haller MdL, Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Lieber Hans-Martin, was lässt sich über den Zustand der Bundes- und Landesstraßen in Zollernalbkreis seit der letzten Erhebung sagen?

„Im Zollernalbkreis beträgt die Länge des Straßennetzes in der Straßenbaulast des Landes rund 213 Kilometer. Nach der Zustandserfassung aus dem Jahr 2004, die turnusmäßig 2008 aktualisiert wurde, sind rund 4 Prozent in sehr schlechtem Zustand mit überfälligem Handlungsbedarf, rund 15 Prozent in schlechtem Zustand mit vordringlichem Handlungsbedarf, rund 21 Prozent in schlechtem Zustand, rund 23 Prozent in mittelmäßigem Zustand, rund 8 Prozent in gutem Zustand und rund 29 Prozent in sehr gutem Zustand.“

Bei welchen Bundes- und Landesstraßen siehst du dringend Handlungsbedarf in Bezug auf Investitionen zum Erhalt dieser?

„Dringenden Handlungsbedarf sehe ich vor allem auf der L 390 zwischen Gruol (Haigerloch) und Heiligenzimmern (Rosenfeld), auf der L 391 zwischen Rangendingen und Grosselfingen (Bauabschnitt II, Sanierung) sowie auf der L 433 zwischen Unterdigisheim (K 7147) und Meßstetten (Sanierung). Außerdem sind der Ausbau der B 27 zwischen Balingen-Endingen-Erzingen und die Ortsumfahrung Schömberg sowie die Ortsumfahrung der B 463 in Lautlingen vorrangig. Das hohe Verkehrsaufkommen mit einem überdurchschnittlichen Anteil an Schwerlastverkehr führt in den Anliegerorten zu einer erheblichen Störung der Lebensqualität.“

Wie bewertest du die Dringlichkeitslisten, die künftig das Hauptkriterium zur Verteilung der Haushaltsmittel für Erhaltungsmaßnahmen darstellen?

„Es ist eine alte Forderung der SPD den Straßenbau nicht nach Gutsherrenart sondern nach Bedarf anhand nachvollziehbarer Kriterien zu leisten. Deswegen haben wir für die in absehbarer Zeit finanzierbaren Bundesstraßen eine Priorisierung durchgeführt (20 Stück an der Zahl) und sind dabei, ähnliches für Landesstraßen herbei zu führen. Angesichts der seitherigen Vernachlässigung durch die CDU profitiert Südwürttemberg von dieser neuen Ausrichtung.“



LANDESPOLITIK

NEUE STRASSENBAU- UND SANIERUNGSSTRATEGIE DES LANDES - SCHWERPUNKT IM STRASSENBAU LIEGT IM ERHALT

Viele Bundes- und Landesstraßen in Baden-Württemberg sind in Folge wachsender Verkehrsbelastung und nicht ausreichender Erhaltungsmaßnahmen in den vergangenen Jahren dringend sanierungsbedürftig. Wie die Ergebnisse der jüngsten Zustandserfassung und -bewertung (ZEB) zeigen, hat sich der Zustand der Bundes- und Landesstraßen seit der letzten Erhebung weiter verschlechtert.

„Deshalb ist es richtig, dass die Landesregierung und der Bund auf den Erhalt des umfangreichen Straßennetzes in Baden-Württemberg einen besonderen Schwerpunkt legen und die Mittel dafür deutlich erhöht haben. Zu lange wurde in den früheren Jahren Neubau von Straßen auf Kosten der Substanz finanziert“, sagte Verkehrsminister Winfried Hermann (Bündnis 90/Die Grünen am 27. März in Stuttgart bei der Vorstellung der aktuellen Zustandserfassung und -bewertung der Bundes- und Landesstraßen.

Auf Basis der Kriterien Straßenzustand (erfasst durch die ZEB), Verkehrsbelastung und Verkehrsfläche hat die Straßenbauverwaltung eine Dringlichkeitsliste erstellt. Diese stellt zukünftig das Hauptkriterium zur Verteilung der Haushaltsmittel auf die Regierungsbezirke dar. Der Straßenzustand fließt mit 50 % in die Berechnung ein, Verkehrsbelastung und -fläche mit jeweils 25 %.

Die Dringlichkeitslisten werden sowohl landesweit als auch für die Regierungsbezirke und für die einzelnen Baureferate erstellt. Sie dienen als Hilfestellung bei der Festlegung der jährlichen Bauprogramme und als Maßstab für die Verteilung der Haushaltsmittel an die Dienststellen. Diese bedarfsorientierte Zuteilung der Haushaltsmittel hat zur Folge, dass die schlechtesten Straßen als erstes saniert werden und somit die Haushaltsmittel effizient verwendet werden.

Weitere Infos über www.mvi.baden-wuerttemberg.de



BESUCH BEI INTERSTUHL

SPD-BUNDESTAGSKANDIDATIN STELLA KIRGIANE-EFREMIDIS BESUCHT INTERSTUHL IN TIERINGEN

„STUHLSCHMIEDE UND DENKFABRIK IN EINEM“

Die Vorfreude der SPD-Bundestagskandidatin Stella Kirgiane-Efremidis auf den Firmenbesuch bei Interstuhl, war besonders groß: immerhin ist das Tieringer Unternehmen einer der größten Bürostuhlhersteller weltweit und einer der größte Arbeitgeber im Zollernalbkreis. Hier erhoffte sie sich zudem wichtige Rückmeldungen und Impulse seitens der Geschäftsleitung, welche Erwartungen die Wirtschaft vor Ort an die Bundespolitik hat.

Es war ein herzlicher Empfang, den der SPD-Delegation, angeführt vom Kreisvorsitzenden Alexander Maute und der Ortsvereinsvorsitzenden Sabine Knopp, bereitet wurde. Werner Link, Vorsitzender der Geschäftsleitung, nahm sich viel Zeit um mit den Gästen ins Gespräch zu kommen und sowohl über betriebliche als auch politische Inhalte zu sprechen. Zuvor konnten die Genossinnen und Genossen während eines Rundgangs die Produktions-, Entwicklungs-, und Vertriebsstellen des Unternehmens besichtigen.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Stella Kirgiane-Efremidis zeigte sich vom eigenen Anspruch des Unternehmens, Büromöbel herzustellen, die sich gleichermaßen durch Ergonomie, modernste Technik, Design und Umweltbewusstsein auszeichnen, begeistert. „Ich muss zugeben, ich werde künftig meinen Schreibtischstuhl unter anderen Gesichtspunkten bewerten“, so die SPD-Politikerin, die von ihrem Besuch Interessantes und Wissenswertes rund um die Herstellung von Büromöbeln mitgenommen hat. Das Bekenntnis zum Standort Tieringen und die hohen Investitionen, die Werner Link in den letzten Jahren zum Ausbau seines Unternehmens einsetzte, verlangten Kirgiane-Efremidis hohen Respekt ab. Aber auch die Rückmeldung seitens der Geschäftsleitung war den Gästen sehr wichtig.

„Ich war überrascht zu hören, dass Interstuhl mit der verkehrlichen Infrastruktur vor Ort sehr zufrieden ist – das hört man selten“, so der SPD-Kreisvorsitzende. Dafür registrierte Maute, dass das Thema Unternehmensbesteuerung für das inhabergeführte Unternehmen sehr wichtig ist – hier verlange man das nötige Augenmaß von der Politik. Und auch die steigenden Energiekosten bewerte man bei Interstuhl zusehends kritisch. Das Thema Mindestlohn und Leiharbeit tangiere den Büromöbelhersteller kaum: hier stelle man sich seiner sozialen Verantwortung und handle im Interesse und zur Zufriedenheit der Belegschaft. „Interstuhl ist Stuhlschmiede und Denkfabrik in einem – das kann Vorbildcharakter für viele andere haben“, so das abschließende Fazit der SPD-Bundestagskandidatin.



GEGEN RECHTS

STELLA KIRGIANE-EFREMIDIS ALS WORTFÜHRERIN GEGEN NPD-PARTEITAG IN WEINHEIM

Weinheim, die 43.000-Einwohner-Stadt im Nordwesten Baden-Württembergs und zugleich Wohnort der SPD-Politikerin Stella Kirgiane-Efremidis, war vor gut zwei Wochen Schauplatz des NPD-Parteitags. „Wir haben kein Platz in unserer Mitte für Nazis“, so der Standpunkt der griechischstämmigen Kommunalpolitikerin, die im Wahlkreis Zollernalb-Sigmaringen als SPD-Bundestagskandidatin seit einem halben Jahr eine neue politische Heimat gefunden hat. In Weinheim nahm sie nun - abseits des Wahlkampfes - eine zentrale Rolle im Protest gegen den NPD-Parteitag ein und organisierte vor Ort den friedlichen Widerstand mit.

Ein Bündnis aus Parteien und Vereinen hatte an Samstag und Sonntag zu Kundgebungen gegen das Treffen aufgerufen – die SPD-Bundestagskandidatin war mitten drin und hautnah dabei. „Ich war natürlich etwas beunruhigt, als ich über Spiegel online die ersten Meldungen aus Weinheim las“, so der SPD-Kreisvorsitzende Alexander Maute, der zugleich den Wahlkampf der Bundestagskandidatin organisiert. „Wir waren noch am Freitag gemeinsam beim Landeswettbewerb „Schüler experimentieren“, auf der Volksbankmesse in Balingen unterwegs – vom NPD-Parteitag hatte sie mir nichts erzählt“. Umso überraschter war Maute dann auch, als er über Facebook die erste Bilder aus Weinheim erhielt: „Da stand Stella, umringt von Protestlern und Polizeieinheiten, und schien als Wortführerin dieses friedlichen Protests zu agieren“.

Ein Großaufgebot der Polizei hatte den Versammlungsort - eine Gaststätte im Ortsteil Sulzbach - großräumig abgesperrt. „Ich hätte eigentlich wissen müssen, dass Stella bei solch einem Protest keine stumme Mitläuferin ist, sondern an zentraler Stelle der Demonstration eine starke Stimme verleiht.“ Und deshalb war der SPD-Kreisvorsitzende auch froh, dass die Demonstrationen ohne größere Zwischenfälle für die beteiligten Protestler verliefen. „Man weiß ja nie, wie solch ein Protest ausgeht und ob die Situation nicht auch eskaliert“, so Maute.

Der SPD-Kreisverband Zollernalb war sehr stolz auf seine Bundestagskandidatin, die einmal mehr in ihrem politischen Leben Zivilcourage bewies und für eine gute, wichtige Sache auf die Straße ging.



MESSSTETTEN



SPD-VERTEIDIGUNGSEXPERTE RAINER ARNOLD MDB BESUCHT ZOLLERNALBKREIS

„DEUTSCHLAND KANN SICH NICHT VERSTECKEN“

Es war eine zutiefst kritische Betrachtungsweise, die Rainer Arnold MdB, Verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, über die Bundeswehrreform und den damit einhergehenden Schließungen von Bundeswehrstandorten in seinen Ausführungen wiedergab. Auf Einladung des SPD-Kreisvorsitzenden Alexander Maute und der SPD-Bundestagskandidatin Stella Kirgiane-Efremidis war Arnold am Montag nach Winterlingen gekommen um über „Deutschlands Verantwortung in der Welt“, so der Titel der politischen Diskussion, zu sprechen. Zuvor hatten die SPD-Politiker die Zollernalb-Kaserne in Meßstetten besucht um sich vor Ort ein Bild über die gegenwärtige Situation zu machen und mit den Soldaten zu sprechen. Fazit des Besuchs: der Standort Meßstetten fällt einer undurchdachten Reform zum Opfer, die letztlich nur leeren Kassen geschuldet sei.

Oberstleutnant Volker Engelmann, Kommandeur des Einsatzführungsbereich 1 und Standortältester der Zollernalb-Kaserne ließ es sich zuvor nicht nehmen, die Gäste persönlich zu empfangen und den SPD-Politikern einen ausführlichen und interessanten Überblick über den Aufgabenbereich des Standortes zu geben. Die Reduzierung der Truppenstärke auf 20 Soldaten, wie sie zum Jahresende im Zuge der Bundeswehrreform stattfinden soll, bezeichnete Engelmann als „bitter für die die Soldaten, den Standort und die Stadt Meßstetten gleichermaßen“.

Auf die Hoffnung, dass die SPD auf diese Entwicklung Einfluss nehmen könnte, sagte Arnold zu, dass sollte seine Partei in Regierungsverantwortung gewählt werden, dort, wo Zweifel an der Wirtschaftlichkeit solcher Entscheidungen aufkommen würde, man durch den Rechnungshof nachrechnen werden lassen. Die Reform selber könne man kaum stoppen, „nur Stück für Stück nachbessern“. In einem gemeinsamen Gespräch mit dem Führungspersonal und den Personalvertretern der Zollernalb-Kaserne äußerten die Soldaten ebenfalls ihren Unmut über die Schließung der Kaserne bzw. Reduzierung der Truppenstärke aber auch grundsätzliche Strukturen innerhalb der Bundeswehr. Sowohl die fehlende Verbindlichkeiten in Zusagen seitens der Politik als auch eine ausbleibende Perspektive für die Soldaten und Zivilbeschäftigten machte den Anwesenden zu schaffen. Auch die Motivation vieler Soldaten sei an einem Tiefpunkt, etwa weil die Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer noch nicht gewährleistet sei. Ein hoher

Bürokratieaufwand mache den Soldaten ebenso zu schaffen. Arnold machte deutlich, dass ein Personalplan und eine Personalentwicklung nötig sei, die Planungssicherheit „für sechs bis acht Jahre gewährleiste“. Auch die Attraktivität und die Infrastruktur der Standorte, wie auch deren Lage müsse verbessert und durchdacht werden. Und er schlug vor, den örtlichen Kommandeuren grundsätzlich mehr Entscheidungsfreiräume zuzusprechen. Solange die Soldaten das Gefühl hätten, man wolle ihre Einwände im Verteidigungsministerium nicht hören, so der allgemeine Tenor, ginge viel Motivation verloren.

Bei der politischen Diskussion am Abend in Winterlingen „Saalbau“, sprach Arnold von einer veränderten Welt mit komplexeren Feindbildern, denen sich die Bundeswehr heute stellen müsse. Wären noch bis vor 20 Jahren die Risiken und Aufgabenfelder bekannt, so seien es heute die internationale Bandenkriminalität und der Terrorismus, dem sich die Soldaten stellen müssen. „Die Welt hat erkannt, dass kein Land alleine diese Aufgaben lösen kann“, so Arnold, der darauf verwies, dass Deutschland auf Bündnisse angewiesen sei. „Deutschland kann sich nicht verstecken“, so der SPD-Verteidigungsexperte. Unser Land könne auch durch Soldaten einen Friedensbeitrag leisten, vor allem in der zivilen Krisenlösung und bei einer friedlichen Konfliktbewältigung. Etwa in der Ausbildung ausländischer Truppen und der Bereitstellung technischer Infrastruktur liege die Zukunft der Bundeswehr. Militärische Einsätze hätten heute neben einem Stabilitätsaspekt in den jeweiligen Regionen auch wirtschaftliche Interessen, etwas bei der Sicherung von Handelswegen, wie es gegenwärtig am Horn von Afrika passiere, wo deutsche Soldaten auf See den Kampf gegen Piraten aufnehmen. Und letztlich gebe es ein Gestaltungsinteresse der Staatengemeinschaft in Kriegs- und Krisenregionen auszuüben.

Eine militärische Intervention sei allerdings nur sinnvoll, wenn politische Konzepte und politische Perspektive vorliegen würden. „Für Syrien liegen diese nicht vor, weshalb ein militärischer Einsatz zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sinnvoll erscheint“. Die militärische Intervention der Franzosen in Mali befürwortete Arnold ausdrücklich und auch das Engagement der Bundeswehr bei der Ausbildung der malischen Armee und bei der logistischen Unterstützung des Kampfeinsatzes gegen islamistische Rebellen sei richtig und nötig. Überhaupt müsse Deutschland seine Rolle als wichtiger Unterstützer in solchen Kriegs- und Krisenregionen klar und deutlich definieren. Das Abstimmungsverhalten Deutschlands im UN-Sicherheitsrat, wo man sich seinerzeit der Resolution nicht anschloss, ein Flugverbot über Libyen zu verhängen und Militärschläge zu ermöglichen, sei für die internationalen Partner unverständlich. „Das hat viele Fragen aufgeworfen und Vertrauen gekostet“, so der SPD-Politiker.



27. VOLKSTANZFESTIVAL

TANZ IN DEN MAI BEI DER VOLKSTANZGRUPPE FROMMERN

Im Vorfeld auf das 27. Volkstanzfestival Balingen, bei dem in diesem Jahr Gruppen aus Argentinien, Paraguay, Usbekistan, Weißrussland und Schwaben mitwirkten, besuchte die SPD-Bundestagskandidatin Stella Kirgiane-Efremidis am Tag der Arbeit das traditionelle große Maifest der Volkstanzgruppe Frommern. Begleitet wurde sie von der SPD-Stadt- und Kreisrätin Helga Zimmermann-Fütterer und dem SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Alexander Maute.

Über 120 ausländische Tänzer, Tänzerinnen und Musikanten in ihren farbenprächtigen Trachten beleben bei herrlichem Wetter und ausgelassener Stimmung den Platz vor dem Haus der Volkskunst in Dürrwangen. Und auch eine Besichtigung durch das historische Haus der Volkskunst begeisterte die Bundestagskandidatin außerordentlich. Groß war daher ihre Anerkennung für diesen ehrenamtlichen Einsatz und die erbrachte Leistung der Mitwirkenden in den zurückliegenden Jahrzehnten, „die all das geschaffen und ermöglicht haben“. Besonders die Begegnung und das Gespräch mit Manfred Stingel, dem Leiter der Volkstanzgruppe Frommern, bereitete ihr große Freude.

Auch der Internationale Volkstanzabend in der Stadthalle Balingen, der zwei Tage später stattfand, begeisterte die SPD-Politikerin besonders – nicht zuletzt, da sie selber eine leidenschaftliche Tänzerin ist und mit ihrem Kulturverein in Weinheim griechische Volkstänze darbietet. So wird es sicher nicht der letzte Besuch von Stella Kirgiane-Efremidis beim Volkstanzfestival in Balingen sein.



OV-HECHINGEN

NEUER VORSTAND BEIM OV-HECHINGEN

Am 15. März fand die diesjährige Hauptversammlung des SPD-Ortsvereins Hechingen statt. Auch Vorstandswahlen standen auf der Tagesordnung – sie brachten folgende Ergebnisse mit sich:

Im Amt des 1. Vorsitzenden wurde Manfred Bensch bestätigt, zum 2. Vorsitzenden Jürgen Fischer gewählt. Das Amt des Kassierers hat weiterhin Friedhelm Mummertz inne, wie auch Walter Klett erneut die Aufgaben des Schriftführers übernehmen hat. Für die Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich ist Willi Pooch, der ebenfalls in seinem Amt bestätigt wurde. In die Funktion der Beisitzer bzw. Beisitzerinnen wurden gewählt: Marius Thoy, Ingrid Gruler, Beate Faust, Dieter Blessing, Michael Dietmann und Joachim Wien. Vom Ortsverein als Kassenprüfer vorgeschlagen und gewählt wurden Roger Brau und Manfred Bartling.

IMPRESSUM

SPD-Kreisverband Zollernalb
Alexander Maute, Vorsitzender

Postfach 10 09 16
72309 Balingen
Telefon: 07433/3094262
alexandermaute@gmx.de

www.spd-zollernalb.de